



Partner Gerlach, Honecker*
Geldübergabe nach Mafia-Art

gefiel die Expertise wohl. Schließlich steht eine Menge Geld auf dem Spiel.

Etwa bei den Immobilien. In der Schlußbilanz der DDR-Liberalen zur Vereinigung mit der West-FDP vom August 1990 erscheinen parteieigene Häuser und Grundstücke im Wert von rund drei Millionen Mark. Die Angaben sind jedoch längst überholt.

Zum einen wurden Millionen-Objekte wie eine Altbauvilla in der Dresdner Prof.-Dieckmann-Straße schlicht übersehen. Zum anderen sind die Immobilienpreise im Osten während des letzten Jahres sprunghaft gestiegen.

Einen noch größeren Schnitt will die FDP mit Immobilien machen, die ihr nie gehört haben – den Rechtsträgerobjekten. Bei dieser DDR-Spezialität blieben Grund und Boden, manchmal auch das Gebäude, in Volkseigentum. Die Parteien durften dennoch mit den Immobilien umgehen, als handle es sich um ihr Eigentum.

In die beiden Berliner Parteizentralen, die LDPD-Residenz in der Genscher-Stadt Halle oder die Parteischule in Bantikow, wurde zu DDR-Zeiten kräftig investiert. Vor allem in den letzten Jahren vor der Wende, während die DDR-Wirtschaft immer tiefer in den Keller rutschte, brach bei den Blockflöten ein wahrer Bauboom aus.

Als hätten LDPD und NDPD geahnt, daß die Investitionen vielleicht einmal in harter D-Mark zurückfließen könnten, legten sie Millionen an: die NDPD für eine weitere riesige Kaderschmiede („Unstrutblick“) in Nebra (Sachsen-Anhalt), die LDPD für die Renovierung ei-

nes Schlosses im brandenburgischen Altdöbern (geplanter Investitionsbedarf: rund 30 Millionen Mark) und für einen modernen Bürokomplex in der Berliner Glinkastraße. Kann die FDP nachweisen, daß in die Projekte rechtmäßig erworbene Mittel geflossen sind, hat sie Anspruch auf Rückerstattung.

Richtig reich werden die Liberalen, wenn sie auch die in vier Jahrzehnten Diktatur zusammengerafften Parteibetriebe von LDPD und NDPD in die Marktwirtschaft retten können. Das Reinvermögen der Unternehmen, die nun als Vercon GmbH firmieren,

betrug am 1. Juli 1990 laut FDP-Gutachten immerhin 109 Millionen Mark.

Wo soviel Geld lockt, stört sich die FDP nicht an einem peinlichen Nebeneffekt ihrer Hoffnungen: Was für die Liberalen gilt, muß auch für die SED-Nachfolgerin PDS gelten.

Die Gysi-Partei hätte, bekommt die FDP recht, Anspruch auf einen Großteil des immensen Immobilien- und Firmenbesitzes, der den abgehalfterten Einheitssozialisten gehörte.

Was für eine Wende: Mit einem Male wäre die PDS, deren politisches Ende sich immer deutlicher abzeichnet (siehe Seite 40), die wohl reichste Partei Europas, die stets dahinkrebsende FDP millionenschwer. Die anderen Parteien dagegen stünden dumm da. SPD und Grüne besaßen kein DDR-Vermögen, die CDU verzichtete ausdrücklich auf die anrühige Mitgift.

Schatzmeister Solms weiß, daß die Unabhängige Kommission der FDP-Argumentation zunächst nicht so recht folgen wird. Deshalb rechnet der Liberale damit, daß der Streit um die Millionen „zweifelsfrei vor Gericht enden wird“. Weil er ahnt, „wie empfindlich dieses Gebiet ist“, hat er sich für alle wichtigen Entscheidungen die Vollmacht der FDP-Spitze geholt.

Widerstand bekam er dabei nicht zu spüren. Manches Präsidiumsmitglied befürchtet zwar, daß die Gier nach dem Ost-Vermögen dem Ansehen

der FDP schaden könnte. Doch auf dem Bundesparteitag, der am Freitag im thüringischen Suhl beginnt, soll das Thema – geht es nach der Parteiführung – möglichst gar nicht erwähnt werden.

Nur der Berliner Bezirksverband Neukölln mag sich ans Schweigegebot nicht halten. Er hat dem Parteikonvent einen brisanten Antrag vorgelegt: Schatzmeister Solms soll von den Delegierten nicht entlastet werden. Formaler Grund: Den Liberalen fehlen die nötigen Informationen zur Entlastung.

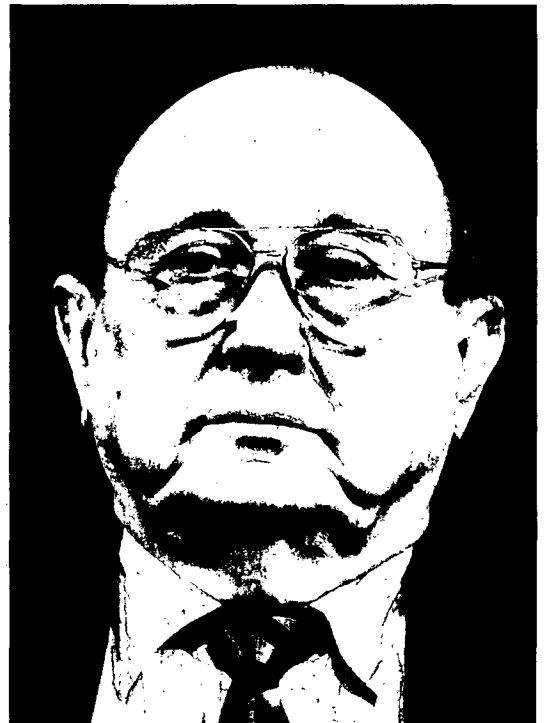
In Wahrheit steckten dahinter die Zweifel der Berliner Freidemokraten an der „Glaubwürdigkeit der Funktionärskaste“ im Umgang mit dem Blockpartei-Vermögen.

FDP

Unser Übervater

Will Genscher Bundespräsident werden? Tritt dann Irmgard Schwaetzer oder Klaus Kinkel sein Erbe im Außenministerium an?

Hans-Dietrich Genscher macht sich schon Gedanken, was auf den nächsten Bundespräsidenten zukommt: Die Deutschen soll er miteinander versöhnen, die innere Einheit des Vaterlandes vollenden – gewaltige Aufgaben.



Freidemokrat Genscher
„Mein letztes politisches Amt“

* Im August 1982 bei der Gratulationscour zum 70. Geburtstag des DDR-Staatsratsvorsitzenden.

Noch lange werde ein Riß die Deutschen in Ost und West „vertikal“ trennen, befürchtet der Außenminister. „Horizontal“ sieht er zudem eine Kluft zwischen den Generationen in der einstigen DDR. Während Väter und Großväter sich wohl niemals mehr ganz befreien könnten von der Nazi-Diktatur und dem SED-Regime, lebten die Söhne „jetzt schon ganz nach Westdeutschland orientiert“. Bei allen aber müsse das Staatsoberhaupt uneingeschränktes Vertrauen genießen.

Wer erfüllt solche Anforderungen besser als der Mann, der rastlos in seiner alten Heimat Halle und darüber hinaus Mut und Zuversicht verbreitet, der nach eigenem Urteil wie kein anderer das Lebensgefühl der Jüngeren begreift? Natürlich vor allem er, Hans-Dietrich Genscher – und das erklärt der auch frank und frei. Aber er behauptet auch: „Dieses Amt will ich nicht.“

Der Kanzler habe ihn vor Monaten gefragt, so berichtet Genscher, ob er den Posten des Bundespräsidenten noch immer ablehne: „Ist das heute noch deine Meinung?“ Die knappe Antwort: „Ja, das ist immer noch meine Meinung.“ Für Ungläubige fügt Genscher hinzu: „Manchmal stimmt auch, was man einfach so sagt.“

Doch mit der Glaubwürdigkeit Genschers, so scheint es, ist es so weit nicht her. „Er spricht mit zwei Zungen“, argwöhnt ein Kanzlerberater, „das läuft doch auf Genscher zu.“ Unter den Freidemokraten gibt es viele, die den Verzichtsbeteuerungen nicht trauen.

Stoff für ausgiebigen Parteirat. Vor dem Parteitag in Suhl, dem ersten in den Ost-Gebieten, redet kaum jemand von einem der 122 Anträge aus dem dickleibigen Papierbündel. Nicht die Berufsarmee, die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft oder die Opfer der DDR-Justiz erregen die Gemüter – wohl aber die Personalspekulationen und der künftige Koalitionskurs der FDP.

Otto Graf Lambsdorff hat mit seiner Ankündigung, er werde in Suhl zum letztenmal als Parteichef kandidieren, „die gesamte Personalkonstellation ins Wanken gebracht“, beschreibt Parteivizin Irmgard Schwaetzer „das eigentliche Übel“. Und Genscher hat mit seinen zweideutigen Signalen zusätzlich für Unruhe gesorgt: Arena frei für die Kämpfe der Diadochen. Wird die Nachfolge im Amt Richard von Weizsäckers zum Signal für den Machtwechsel?

Lange Zeit hatte Genscher immer wieder in vertrautem Gespräch verkündet, für das Amt des Staatsoberhauptes sei er nicht der richtige Mann; seine Ambitionen endeten vor den Toren der Villa Hammerschmidt. „Nehmen Sie

mir das ab“, beruhigte er Parteivize Gerhart Baum, „was ich jetzt mache, ist mein letztes politisches Amt.“

Auch Lieblingsschüler Jürgen Möllemann glaubt sich nach mehreren Gesprächen sicher, daß der Wechsel ins Präsidentenpalais nicht zu Genschers Lebensplanung gehöre. „Er macht's nicht“, erklärt der Wirtschaftsminister; „solange es mit seiner Gesundheit geht, will und soll er in der Außenpolitik mitmischen.“

Andere aber, die das FDP-Fossil auch gut kennen, haben einen anderen Eindruck: Keinerlei Zweifel plagten ihn mehr, daß er der Richtige sei. Er halte sich für „das Maß aller Dinge“. Sein hohes Ansehen in der Öffentlichkeit bestärke ihn in dieser Selbsteinschätzung.



FDP-Aufsteiger Kinkel, Schwaetzer, Möllemann: „Nie nie sagen“

Das Amt des Staatsoberhauptes betrachte er als Krönung seiner Biographie. „Er wird das machen“, meint Irmgard Schwaetzer.

Was die Beamten in seinem Hause bemerken, bestätigt diese Einschätzung: Der Außenminister spüre, daß er mit der Wiedervereinigung den unüberbietbaren Höhepunkt erreicht habe. Bedrückt erlebe er nun, wie die Lorbeeren langsam welken, die Kritik an seiner Außenpolitik wachse.

Genscher fühle sich als der wahre Architekt der deutschen Einheit. Seither aber, bedauern seine Freunde, „ist ihm alles mißraten“. Im Golfkrieg schwankte er hin und her, ob die Bundesrepublik sich stärker beteiligen solle oder besser abseits bleibe. Der Zusammenbruch des Sowjetreichs traf den Außenminister unvorbereitet. Hilflos verfolgt er das Gemetzel in Jugoslawien.

Hektische Reiserei wurde in diesen Zeiten historischer Umbrüche zum Politik-Ersatz. Noch umtriebiger als vorher hetzt Genscher seither von Termin zu Termin. Wie oft er Ministerkollegen und, letzte Woche, auch französische Unternehmer nach Halle schleppt, irritiert selbst die Osis.

Kaum noch nehme er sich die Zeit, die Akten gründlicher zu lesen, klagen seine Beamten. Sie hören von Genscher bisweilen „endzeitliche Betrachtungen“, beobachten „Anfälle von Resignation“, dann wieder habe er „unheimlichen Spaß“ an seinem Amt. Auffällig ist gerade in jüngster Zeit seine Kritikempfindlichkeit – größer als sonst üblich.

Als der Hamburger Parteifreund Ingo von Münch in einem Beitrag für *Bild am*

Sonntag bekümmert fragte, ob „der Fuchs“ seine „Witterung verloren“ habe, geriet der außer sich. In der Fraktion schimpfte er vorletzte Woche über die „Fundamentalisten“ mit der Sehnsucht nach einfachen Lösungen, die aber keine Ahnung hätten, „wie kompliziert das Zusammenleben der Völker ist“.

In diesen Zeiten des Niedergangs, glauben Genscher-Astrologen, könne die Versuchung schließlich doch unwiderstehlich werden, sich kleinlichen Zänkereien zu entziehen und, ausgestattet mit der Würde des höchsten Staatsamtes, die Zeitläufte „als Übervater der Deutschen“ zu begleiten.

Schon beginnen die potentiellen Erben, den Nachlaß zu sichten und die Claims abzustecken.

Bis vor kurzem war Jürgen Möllemann als Universalerbe vorgesehen. Er

LA MONTRE DES MONTRES •

LA MONTRE DES MONTRES • LA MONTRE DES MONTRES • LA MONTRE DES MONTRES • LA MONTRE DES MONTRES • LA MONTRE DES MONTRES • LA MONTRE DES MONTRES

schlagen hatte, freut er sich jetzt über die Widerstände. Ihm war nicht recht, daß Möllemann allenthalben schon als designierter Nachfolger auftrat.

Mit ironischen Bemerkungen stichelt der Graf gern gegen den Aufsteiger, kritisiert bisweilen pauschal die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, läßt bei seinen Gesprächspartnern auch durchblicken, daß er sich selber für den einzig kompetenten Wirtschaftsminister hält.

Kinkel wird nicht nur als künftiger Parteichef, sondern zugleich als der ideale Nachfolger im Außenministerium gehandelt. Als langjähriger Vertrauter Genschers hat er das Metier von der Pike auf, dem Ministerbüro bis hin zum Amt des Planungschefs, gelernt. Bescheiden wehrt der Umworbene das ehrenvolle Angebot ab: „Ich bin richtig glücklich als Justizminister.“

Die beiden Nebenbuhler nehmen den Neuen im Ring durchaus ernst – wenn auch mit einem Schuß Herablassung.

„Justizminister ist doch für ihn eine schöne Sache“, meint Schwaetzer. Für höhere Weihen fehle Kinkel das Entscheidende: „Der Junge ist unpolitisch.“

Möllemann urteilt ähnlich über den Macher im Justizministerium: „Ein starker Typ.“ Der Schwabe begreife allerdings noch nicht, wie der Partei-Laden laufe. Für den Kanzler, das hat Möllemann mißbilligend bemerkt, „ist Kinkel der King“.

Helmut Kohl verfolgt das Diadochen-Gerangel unter den Liberalen mit durchsichtigem Interesse: Schwaetzer und erst recht Möllemann sind ihm, auch was eine künftige Koalition angeht, allzu unberechenbar. Der Kanzler sähe Genscher nur zu gern als Nachfolger Richard von Weizsäckers. Die Sozialdemokraten Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel habe Kohl bloß ins Spiel gebracht, „um die FDP zu pieksen“, wissen Vertraute.

Falls das „FDP-Leittier“ (*Frankfurter Allgemeine*) kurz vor den Bundestagswahlen 1994 zum Staatsoberhaupt gekürt werde, so Kohls Kalkül, seien die Freidemokraten an die Union gebunden – sogar im schlimmsten Fall, wenn die Mehrheit für eine sozial-liberale oder eine Ampelkoalition reiche.

Zudem hofft der Kanzler auf die Chance, das Außenministerium für die Union zurückzuerobern, das die FDP seit 22 Jahren gegen fremde Besitzansprüche – einst vor allem von Franz Josef Strauß – verbissen verteidigt. Schon jetzt bereitet sich der Strauß-Nachfolger auf den Kampf um das Außenamt vor. CSU-Chef und Finanzminister Waigel: „Ich baue mir eigene außenpolitische Kompetenzen auf.“

Nach dem Währungsgipfel in Bangkok vorletzte Woche pochte Waigel de-

monstrativ auf sein „gutes Recht“, in den Finanzgesprächen „auch die außenpolitischen Interessen stärker wahrzunehmen“. Sein Staatssekretär Horst Köhler gilt bei Kohl als neuer außenpolitischer Berater – Ersatz für Kohls Intimus Horst Teltschik, einen intimen Genscher-Gegner, der mittlerweile bei der Bertelsmann-Stiftung untergekommen ist.

Den Außenminister provozierte der CSU-Mann mit mehreren Quälbriefen: Dessen Haus solle „endlich einmal klären“, wer denn neues Völkerrechtssubjekt sei, wenn die Sowjetunion ganz auseinanderbreche. In den Schuldenverhandlungen sei „völlig unklar“, wer für Verbindlichkeiten geradestehe, die Zentralregierung oder die neuen Repu-

bliken. Die Antwort sei „nichtssagend“ ausgefallen, mäkelte Waigel und kündigte an: „Ich werde mit neuen Leuten die außenpolitische Kapazität in meinem Hause verstärken.“

Genscher gibt sich gegenüber den Spielchen „von interessierter Seite“ gelassen. Die starken Worte aus Bayern schrecken ihn nicht, „weil die Union uns für die nächste Kanzlerwahl braucht“.

Hierauf aber stellt Genscher sich gar nicht erst ein. „Die konservative Welle, die geht bald auf einen Felsen“, unkt der Mann, der immer noch an seine untrügliche Witterung glaubt.

Denn: „Auf das dramatisch veränderte Lebensgefühl und die Werteveränderungen in der deutschen Gesellschaft ist die Union überhaupt nicht vorbereitet.“

Anpassung als Heldentum

SPIEGEL-Redakteur Hartmut Palmer über den FDP-Politiker Uwe-Bernd Lühr

Uwe-Bernd Lühr hat ein dramatisches Problem: Seine Vaterstadt Halle hat schon zwei große Söhne. Der andere heißt Händel.

Nicht, daß Lühr, 42, den Ehrgeiz hätte, als dritter in den Kreis der Erlauchten der Saale-Stadt aufzusteigen. Solche Ambitionen trauen dem Abgeordneten und künftigen Generalsekretär der FDP nicht einmal seine Gegner zu, die ihn als Blockflöten-Funktionär beschimpfen.

Woanders drückt der Schuh: Lührs Problem ist, daß er aufstieg und weiter steigt, obwohl er so unbekannt wie farb-

los ist und ein Altfunktionär der Blockpartei LDPD war. Vielleicht sogar gerade deshalb?

Nie hatte er eine Chance, die Wähler von eigenen Fähigkeiten zu überzeugen. Seit er als Politiker in Erscheinung trat, umgaben und bedeckten ihn der Ruhm und der Ruf des einen Hallensers, der zwar noch nicht wie Händel in Bronze auf dem Marktplatz, dafür aber täglich in der Zeitung steht.

Hans-Dietrich Genscher – überall und nirgends. Lühr kann sich anstrengen, wie er will, er bleibt der ewige Nobody. Was ihm schon gelang und noch gelin-



Künftiger FDP-Generalsekretär Lühr (in Halle): „Maximal ein Ostdeutscher“